

Ehrliche Auskünfte



Was ein 80jähriger Jüngerer und Jungen gerne sagen möchte

Georg Dorn

Ehrliche Auskünfte

Zu dem folgenden Text würde ich mich gerne einer Diskussion mit jungen Leuten stellen. Die heute 15- bis 25jährigen wissen nichts mehr davon. Sie sind dem verbalen Mainstream auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, wie ihn Politiker und Medien über sie ausgießen. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen, daß nicht wenige von ihnen den Wunsch haben, aus diesem Dunstkreis der Manipulation auszubrechen und die wirklichen Zusammenhänge zu erkennen. Deshalb unternehme ich den Versuch einer etwas umfassenderen Darlegung wichtiger Probleme aus Vergangenheit und Gegenwart.

Dialektik von Diktatur und Demokratie

„Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn jede Obrigkeit ist von Gott!“ So steht es in Dr. Martin Luthers Kleinem Katechismus geschrieben, und so wurde es uns Jungen vom ersten Schultag an im Religionsunterricht eingebleut. Das war 1933 – die Faschisten hatten soeben die Macht übertragen bekommen –, und da gab es ihn noch in der Schule. Dann hatte diese „Obrigkeit“ aber wohl doch ihre Probleme mit der Religion und mit deren Gemeinschaften, trennte sie deshalb von der Schule. Ein gottähnlicher „Führer“ hatte jetzt das Sagen, und in jeder seiner berühmt-berüchtigten Reichstagsreden kam mindestens einmal der Satz vor, „Die Vorsehung hat mich berufen ...“, weshalb dann auch ein ganzes Volk – sagen wir genauer, dessen große Mehrheit – in den Ruf ausbrach: „Führer befehl! Wir folgen!“ Und so folgten sie ihm, zu vielen Millionen bis in den Tod. Als Kind und als Jugendlicher habe ich das bis zum bitteren Ende miterlebt. Und dabei plagten mich immer zweifelnde Fragen: Jede Obrigkeit – wirklich jede – soll von Gott sein? Auch die des „Erbfeindes Frankreich“? Und die bösen „Bolschewiken“ da ganz im Osten? Was mag das wohl für ein seltsamer Gott sein, der solche „Obrigkeiten“ schafft? Aber wenn die schon von Gott sind, warum bekämpfen wir sie dann? Da stellen wir uns ja gegen Gott? Auf dem Koppelschloß stand doch geschrieben: „Gott mit uns“. Und wer oder was ist die „Vorsehung“? Wie sieht die aus, und was heißt „berufen“? Wozu? Für wen oder was? Oder doch gegen wen oder was?

Solche Fragen fallen mir spontan ein, wenn sich das heute aufgeblähte Vokabular vieler Politiker, aber auch Medienmacher über mich ergießt. So mystisch geht's da ja nicht mehr zu, viel geschmeidiger, eleganter, „moderner“, aufgeklärter ... oder?

Dann schauen wir doch einfach mal hinein: In meinem Duden (von 1991, also nach der „Wende“) steht unter Demokratie: „Volksherrschaft (Staatsform, in der die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben)“. Unter Diktatur steht überhaupt nichts, wobei der Begriff im allgemeinen



Titelseite der „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Oktober 2008

politischen Sprachgebrauch etwa mit Zwangs- und Gewalt Herrschaft (eines einzelnen oder einer bestimmten Gruppe) gleichgesetzt wird. Wie bei anderen politischen Begriffen werden Demokratie und Diktatur von den Politikern und Medien weitgehend inhaltslos „an sich“ und damit abstrakt benutzt. Der einzige Unterschied besteht darin, daß Demokratie gewissermaßen als Leitmotiv für die beste aller Gesellschaften, Diktatur dagegen als das verworfenste Modell einer Gesellschaft bezeichnet wird. Demokratie ist Licht, Diktatur ist Finsternis. Demokratie ist Himmel, Diktatur dagegen die Hölle. Dort, wo es Demokratie gibt, kann es keine Diktatur geben, und wo Diktatur herrscht, ist Demokratie unmöglich. So einfach soll das angeblich sein. Ist es das?

Zunächst haben ja Demokratie und Diktatur etwas gemeinsam, nämlich eine Form der Herrschaft zu sein. Wo es Herrschaft gibt, muß es Herrschende und Beherrschte geben, und Herrschaft kann nur mit mehr oder weniger nachdrücklichem Zwang ausgeübt werden. Zwang denen gegenüber, die zu beherrschen sind. Nun kann ich Zwang auf die verschiedenste Weise anwenden, von der brutalen Gewalt bis hin zu den feinsten Nuancen einer Gesetzgebung der Herrschenden, die mit den Mitteln der Manipulation den Anschein erweckt, als sei der im Gesetz ausgedrückte Verhaltensmodus des Volkes Wille. So gesehen schließen Demokratie und Diktatur einander nicht aus, son-

den bedingen einander. Ich wage sogar zu behaupten, daß Demokratie eine andere Form der Diktatur ist, zwar anders im Vergleich mit der ausgesprochenen Zwangsherrschaft einzelner Despoten und deren Vollstreckern, aber eben doch eine Macht, die mit mehr oder weniger Zwang von den Machthabern durchgesetzt wird. Der Trick besteht eben darin, Demokratie und Diktatur

- a) als etwas einander wechselseitig Ausschließendes darzustellen und
- b) dieses so in Gegensätze Verwandelte mit moralischen Werturteilen zu belegen, deren jeweilige Inhalte wiederum von den Herrschenden bestimmt werden.

Zusammengefaßt also: Zweifellos gibt es Diktaturen, die Demokratie welcher Form auch immer ausschließen, aber jede Demokratie kann nur in einem bestimmten Wechselverhältnis mit Diktatorischem funktionieren. Das aus der Geschichte zu beweisen fällt nicht schwer, würde aber die Grenzen dieses Beitrags sprengen.

Wahlen als Nonplusultra

Die heutigen Musterdemokratien betrachten offenbar das allgemeine Wahlrecht als das Nonplusultra einer funktionierenden Demokratie. Das Volk wählt seine Vertreter, die im Namen des Volkes Macht ausüben ... über wen wohl? Über das Volk. Wie grotesk! Der alte Marx hat das vor über hundert Jahren schon sehr treffend charakterisiert: „Das Volk hat das Recht, alle vier oder fünf Jahre darüber zu entscheiden, wer es im Parlament ver- oder genauer z e r t r e t e n soll.“ Dazu gibt es die verschiedensten Wahlsysteme, das Verhältniswahlrecht oder das Mehrheitswahlrecht oder das Präsidialwahlrecht oder die Mischung dieser und anderer Wahlrechtssysteme, die alle nur die eine Funktion haben, so zu tun, als hätte das Volk etwas zu entscheiden. Aber in Wirklichkeit hat es doch überhaupt nichts zu entscheiden. Im Gegenteil, im Ergebnis dieser oder jener Wahlen ändern sich möglicherweise diese oder jene politischen Köpfe, aber es ändert sich absolut nichts am jeweils bestehenden System. Bezogen auf die deutsche Geschichte heißt das: Ob die Kanzler nach dem 2. Weltkrieg Adenauer, Erhard oder Kiesinger, Brandt oder Schmidt, Kohl oder Schröder oder Merkel hießen – immer, ob im Kaiserreich oder der Weimarer Republik, ob im 3. Reich oder der Bundesrepublik – saßen am Tisch der Macht jene, welche Deutschland in zwei Weltkriegen an den Rand der Vernichtung getrieben haben: die Bosse von Krupp und Thyssen, der IG Farben und von Blohm + Voss, der Dresdner oder der Commerzbank, der Allianz-Versicherungen oder der Hamburg-Mannheimer AG. Man könnte hier noch viele andere benennen. Die saßen zwar nie direkt an den Schalthebeln und machten sich nicht selbst die Hände schmutzig: Sie hatten dazu immer ihre „Köpfe“ und deren Organisationen (Parteien), die nach Belieben austauschbar waren und sind. Das Volk selbst hatte nie etwas zu sagen, geschweige etwas zu entscheiden. Wir erleben das doch derzeit höchst aktuell. In wenigen Wochen ist Bundestagswahl. Im Zeichen der tiefsten Wirtschaftskrise können Hunderte Milliarden für die Folgen der Mißwirtschaft der Banken aus Steuergeldern aufgebracht werden, aber die Bildungspolitik bleibt auf der Strecke. Steuern rauf oder runter? Hartz IV verbessern oder einschränken oder gar abschaffen? Mehr Soldaten nach Afghanistan oder raus aus Afghanistan? Koalieren oder opponieren? Das Volk steht stau-

nend da und weiß schon jetzt, daß sich daran nichts ändern wird, gleich ob Merkel oder Steinmeier Bundeskanzler werden, egal ob Schwarz/Gelb oder Schwarz/Rosa. Mehr noch, alle wissen schon jetzt, daß danach die Krise erst richtig zuschlagen wird, weshalb schon jetzt die Ängste wachsen. Das einzige, was höchstens noch passieren könnte, ist, daß die Partei der Nichtwähler immer größer wird, was die „Demokratie“ völlig auf den Kopf stellt, weil einfach jeder zweite nicht mehr hingehet (wie die Europawahlen vor kurzem erst wieder bewiesen).



Ich habe den größten Teil meines politisch bewußten Lebens in einer kommunistischen „Gewaltherrschaft“, einer Diktatur zugebracht, die aber aus meiner Sicht tausendmal demokratischer war als das, was da jetzt als BRD über uns gekommen ist. Volksdemokratien nannten wir unsere Länder und verschwiegen nie, daß sie in ihrem Wesen eine Form der „Diktatur des Proletariats“ (so hatten es Marx und Engels formuliert) waren. Das haben wir sogar ganz öffentlich gesagt und geschrieben, ohne uns dabei zu genieren. Für uns hieß das eine Demokratie der Mehrheit im Interesse der Mehrheit und eine Diktatur über die Minderheit der Profiteure. Natürlich funktionierten diese Volksdemokratien nicht nach den formellen Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus, sollten sie auch gar nicht. Ganz im Gegenteil, sie sollten eben tatsächlich Demokratien des Volkes sein, die ganz andere Strukturen, ganz andere Regularien notwendig machten – und die wieder in jedem der volksdemokratischen Staaten ganz anders, auch abhängig von den historischen Traditionen und ethnischen Besonderheiten dieser Länder. Kein Wunder, daß dieser revolutionäre Vorstoß auf den erbitterten Widerstand der etablierten bürgerlichen Demokratien stieß!

Zu einigen Gründen der Niederlage

Das wirft die Frage auf, warum diese Demokratien des Volkes am Ende ganz offensichtlich vom Volk „gestürzt“ worden sind. „Wir sind das Volk“, so hallte es in den großen Demonstrationen des Herbstes 1989 in Leipzig, Halle und anderen Städten. (Ich kann und will das nur auf die DDR bezogen beurteilen, bin aber davon überzeugt, daß bei allen historisch unterschiedlichen Bedingungen die Ursachen in sämtlichen früher sozialistischen Staaten ähnlich waren.)

Meines Erachtens gibt es für dieses Zusammenbrechen auf halbem Wege drei Gründe:

1. So gut und so richtig die Regeln einer funktionierenden Volksdemokratie auch gedacht und gesetzlich fixiert waren, so unvollkommen gelang es, sie praktisch im umfassenden Sinne zur Wirkung zu bringen. Da war zu viel Routine, Selbst- und Leerlauf. Es gelang nicht, dem „Volk“ seine Demokratie und alle damit verbundenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten ausreichend bewußtzumachen.
2. Genau das wäre aber ein langer und historisch notwendiger Bildungs- und Erziehungsprozeß über mehrere Generationen gewesen. Es ging ja um einen völlig neuen Typ der Ausübung der Macht, um eine Demokratie, die es so bis dahin bei uns noch nie gegeben hatte. Ihre Voraussetzung war das ganz persönliche Engagement möglichst jedes Staatsbürgers. Das mußte dieser erst lernen. Dazu blieb uns nicht viel Zeit. Die internationale Systemauseinandersetzung, der äußere Druck des Kapitalismus, aber auch innere Entwicklungswidersprüche dieser neuen Demokratie verhinderten das.
3. Es gelang uns nicht ausreichend, den wechselseitigen Zusammenhang von Demokratie und Diktatur zu meistern, d. h. die Grenzen zwischen dem Demokratischen und dem notwendigen Diktatorischen unter den Bedingungen dieses historisch neuen Gesellschaftssystems genau zu bestimmen und abzustecken. Es gab beides: die formalistische, routinemäßige Übertreibung des Demokratischen und – schlimmer – die teilweise Überziehung des Diktatorischen in seiner Wirkung nach innen.

Votum in der DDR: Licht und Schatten

Es gäbe sehr viel über das Wesen und die Funktionsweise sozialistischer Demokratie aufzuschreiben. Ich muß es bei wenigen ausgewählten Beispielen belassen.

Wahlen! Über nichts wurde im Westen so viel gespottet wie über unser Wahlsystem. Was sollten das auch schon für Wahlen gewesen sein, bei denen es nicht einmal Parteienlisten gab, eine Opposition von vornherein ausgeschlossen blieb und fast alle die *g e m e i n s a m e n* Kandidaten der Nationalen Front wählten? Das soll Demokratie gewesen sein? Wählen hieße doch *a u s* wählen. Doch darum ging es durchaus, wenn auch auf ganz andere Art! Es ging eben nicht nur darum, einmal alle vier Jahre auf irgendeinem Zettel ein Kreuzchen zu machen, sondern es ging um das aktive *A u s* wählen der Kandidaten. Darum war der Wahlakt selbst nur der Abschluß eines vorangegangenen und viel wichtigeren Prozesses: In Tausenden Einwohner- und Volksversammlungen oder in Wählerversammlungen auf zentraler Ebene stellten sich die zur Wahl antretenden Kandidaten vor, hatten Rede und Antwort zu stehen, mußten sich



zu Problemen äußern, die die Menschen bewegten, und auf Fragen Auskunft geben. Sie hatten ihre persönliche Entwicklung offenzulegen, die Gründe ihrer Kandidatur vorzutragen und – soweit sie sich zum wiederholten Male bewarben – über ihre bisherige gesellschaftliche Tätigkeit und deren Ergebnisse Rechenschaft zu legen. Erst dann wurden sie durch Mehrheitsbeschluß auf die jeweilige Kandidatenliste gesetzt.

Ich habe an vielen solchen Versammlungen und Konferenzen teilgenommen und mehr als einmal erlebt, daß dieser oder jener vorgesehene Bewerber dann eben doch nicht auf die Liste kam, weil er nicht überzeugen konnte oder seine bisherige Tätigkeit als Abgeordneter nicht den Erwartungen der Wähler entsprach. So verstanden wir sozialistische Demokratie. Es sei dennoch nicht verschwiegen, daß der gesamte Prozeß nicht immer und überall in diesen umfassenden demokratischen Formen verlief. Sehr oft hätten weitaus mehr Bürger an den Auswahlprozessen teilnehmen können und müssen, zu oft verkamen die Versammlungen zu reinen Routineveranstaltungen, die dann auch nicht mehr so ernst genommen wurden, wie sie es verdient gehabt hätten. Ich bin aber davon überzeugt, daß das Grundanliegen, über die Inhalte der politischen Arbeit mit den zur Wahl stehenden Kandidaten intensiv zu beraten und zu streiten, dem eigentlichen Charakter der Demokratie, Volksherrschaft zu sein, am besten entspricht.

Hier soll auch auf einige gravierende Mängel verwiesen werden. Von westlicher Seite wird die sehr hohe Wahlbeteiligung stets als unglaubwürdig hingestellt. Sie war indes tatsächlich echt. Das Wahlrecht wurde von der übergroßen Mehrzahl durchaus als Wahlpflicht, als Bürgerpflicht verstanden. Daß dann an den

Wahltagen durch Agitatoren bei jenen etwas nachgeholfen wurde, welche nicht so recht wollten, halte ich nicht für falsch. Wesentlich schwerer sind die außergewöhnlich hohen Zustimmungsraten (fast überall und immer lagen sie zwischen 90 und 99 %) zu erklären. Begonnen hatte das in ursprünglich guter Absicht. Ich weiß nicht mehr, in welchem Jahr und zu welcher Wahl das geschah. Da hatten in verschiedenen Stimmbezirken ganz durchschnittliche Wahlberechtigte damit begonnen, auf die Wahlkabinen zu verzichten und ihr Votum offen abzugeben. Dem lag die Vorstellung zugrunde, daß wir es unter diesen anderen gesellschaftlichen Bedingungen gar nicht nötig hätten, unsere Meinung zu verstecken. Letztlich war das aber eigentlich eine ernste Verletzung der Wahlgesetzgebung. Da



dieses Vorgehen die Zustimmung der übergeordneten Organe fand, ja sogar besonders gelobt wurde, entwickelte sich solches Wahlverhalten sehr schnell zu einem als Wahlpflicht zu verstehenden Ritus, der schweren Schaden anrichtete. Die ursprünglich gutgemeinte Absicht kehrte sich in dem Maße, in dem sie zur offiziell geduldeten, ja sogar erwünschten Routine wurde, gegen sich selbst. Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit gerieten ins Schwanken. Denn natürlich waren auch im Sozialismus aus den Menschen nicht die reinsten Engel geworden, sondern viele

Schwächen hatten sich bei ihnen erhalten. Hochprozentige Zustimmung wurde als Ausdruck großen Vertrauens gewertet. Aber das war es eben nicht immer, zumal die tiefen inneren Widersprüche unserer Entwicklung ja zwangsläufig auch recht gegensätzliche Meinungen hervorbringen mußten. Letztlich kehrte sich diese Praxis, die wir überhaupt nicht nötig gehabt hätten, gegen das Wesen sozialistischer Demokratie. Wir hätten auch mit 70 % gute Politik machen können, vielleicht sogar bessere, weil wir da intensiver gezwungen gewesen wären, über die Wahlergebnisse nachzudenken. Nur zum Vergleich: Der erste Deutsche Bundestag wählte Konrad Adenauer mit der Mehrheit einer einzigen Stimme zum ersten Kanzler der BRD. Es war übrigens seine eigene gewesen.

Noch ein Wort zu den angeblichen Wahlfälschungen in der DDR. Ich kann sie weder bestätigen noch ausschließen. Ich vermag aus eigener Erfahrung nur zu sagen, daß ich solche selbst nie erlebt habe. Ich saß bei vielen Wahlen in Vorständen oder war persönlich an öffentlichen Stimmauszählungen beteiligt. Ich habe zu keiner Zeit Veränderungen der Ergebnisse oder Versuche zur Manipulation (natürlich immer nur bezogen auf den Wahlbezirk, in dem ich gerade tätig war) feststellen können. Ich weiß allerdings, daß es besonders nach den vorletzten Volkskammerwahlen diesbezüglich ernste Verdächtigungen gab, die sich auf die Gesamtergebnisse in den Großstädten und Ländern bezogen. Das kann ich nicht entkräften. Manipulationen sind immer zu verurteilen.

Lächerliche „Stasi“-Hysterie

Ein Wort zur Diktatur: Natürlich war auch unser Staat als Demokratie anderer Art eine Herrschaftsform. Und ohne Zweifel übte er seine Macht – wie jeder Staat – mit den Mitteln der Macht (Staatsapparat, Polizei, Justiz, Geheimdienste u. v. a.) aus. In diesem Sinne war er durchaus eine Diktatur. Es fragt sich eben nur, wer in wessen Interesse welche Macht mit welchen Mitteln, welchem Ziel und welchen Inhalten ausübt. Und da, so meine ich, brauchten wir uns hinter keinem anderen sich noch so demokratisch gebärdenden Staat zu verstecken. Natürlich waren die Mittel und Methoden andere, weil ja auch das Wesen des Gesellschaftssystems ein anderes war. Daher paßte das den angeblich so „freiheitlichen Demokratien“ des Westens nicht in den Kram. Sie rieben sich daran, daß unsere Demokratie ein Staat der Arbeiter und Bauern war und bekämpften ihn von der ersten Stunde mit nachweisbar verbrecherischen Mitteln. Deshalb kann es nicht verwundern, daß wir die Möglichkeiten der Diktatur auf unsere Weise nutzen mußten, ohne dabei die Demokratie einzuschränken. Das ist übrigens in jedem anderen Staat ähnlich – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Als Popanz wurde nach der angeblichen Wende die „Stasi“-Hysterie aufgebaut. Dazu ist zweierlei zu sagen: Erstens gibt es in jedem modernen Staat (so auch in der BRD) einen Geheimdienst oder gleich mehrere, die nach innen und außen wirken. Das mag nicht jedem gefallen, ist aber in den politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit nun einmal nicht anders. Jeder Staat, der sich über andere aufregt, sollte zuerst vor der eigenen Tür kehren. Denn wie man mit verfälschten Geheimdienstinformationen Kriege vom Zaun brechen kann, haben uns die Musterdemokratien der Sonderklasse mit ihren Überfällen z. B. auf Nordvietnam, Grenada, Jugoslawien, Irak und Afgha-

nistan vorgeführt. All die Aufregung über die DDR-„Stasi“ ist eigentlich lächerlich, maßlos aufgebauscht und sinnentstellend. Zweitens meine ich, daß mit dieser Hysterie Tausenden großes Unrecht zugefügt wurde und noch immer wird. Ich kenne selbst viele Menschen, die damit ins soziale Abseits gedrängt wurden, obwohl sie grundehrliche Leute waren und sind.

Um beim Thema Diktatur zu bleiben: Es stimmt, bei uns gab es das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Arbeit und deshalb auch eine Arbeitspflicht; jeder, der gesund und arbeitsfähig war, mußte, ob es ihm paßte oder nicht, einer Tätigkeit nachgehen. So gab es in der DDR keine Arbeitslosen. Natürlich herrschte Schulpflicht, die man auch als Zwang auffassen konnte. Jedes Kind mußte bis zur 8. Klasse am Unterricht teilnehmen und durfte erst dann – nach Leistung und Wunsch, nicht aber nach dem Geldbeutel der Eltern – weiterführende Schul- und Bildungseinrichtungen besuchen, wofür sogar noch Stipendien gezahlt wurden. Natürlich bestand die konsequente Trennung von Staat und Kirche, weshalb in der Schule kein Religionsunterricht erteilt wurde; wer daran teilnehmen wollte, sollte den außerhalb der Schule angebotenen konfessionellen Unterricht besuchen. Es fehlte auch ein Wohnungsmarkt; dafür gab es eine staatlich gelenkte Wohnungspolitik, die sich auf das verfassungsmäßige Recht stützen konnte, für jeden Bürger Wohnraum zu schaffen. Man kannte allerdings keine Obdachlosen. Es existierte auch bei uns eine Polizei, noch schlimmer, in jedem Wohngebiet gab es einen Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei, der dort sogar ansässig war und ständig die „Aufsicht“ in seinem Kiez innehatte.

Ehrlich gesagt, in dieser „Diktatur“ habe ich mich wesentlich sicherer gefühlt als in der jetzigen bundesdeutschen „Demokratie“, in der es für viele ältere Menschen gefährlich geworden ist, abends noch auf die Straße zu gehen.

Grundgesetz ist keine Verfassung

Ich will noch erzählen, wie die Verfassung des von mir geschilderten Landes zustande kam. Die Bundesrepublik hat ja ein „Grundgesetz“, die DDR besaß eine richtige Verfassung. Das Grundgesetz ist durch einen sogenannten Parlamentarischen Rat 1949 ausgearbeitet, durch die Militärregierungen der Westmächte genehmigt, durch den Bundestag beschlossen und vom Bundespräsidenten nach der Gründung der BRD für diese in Kraft gesetzt worden. Der Begriff Grundgesetz wurde absichtlich gewählt, weil es als ein Provisorium bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten gelten und danach durch eine Verfassung ersetzt werden sollte (GG, Artikel 146). Eine öffentliche Diskussion darüber hat es nie gegeben. Die mußte man sich schon deshalb sparen, weil es eines der schwächsten Verfassungswerke der deutschen Geschichte war und ist. Ganz anders verhält es sich mit der Verfassung der DDR. Durch eine Verfassungskommission wurde ein Entwurf erarbeitet und in allen überregionalen Zeitungen veröffentlicht. Danach gab es die wohl breiteste Volksdiskussion nicht nur der DDR-Geschichte, sondern der deutschen Geschichte überhaupt. Ich habe an manchen dieser sehr konstruktiven Debatten teilgenommen. Sie bezogen nahezu jeden Bürger ein. Dabei wurden Tausende Vorschläge zur weiteren Veränderung und Verbesserung des Verfassungsentwurfs eingebracht. Die Verfassungskommission überarbeitete dann den Entwurf, der abermals veröffentlicht und danach in einem Volksentscheid 1968 mit überwältigender Mehrheit als „Verfassung der DDR“ beschlossen wurde. Ja, hier gab es eine vom Volk diskutierte und beschlossene Verfassung. Die gibt es nicht mehr, weil es die DDR nicht mehr gibt. Dafür wurde uns das Provisorium Grundgesetz übergestülpt. Heute ist der provisorische Charakter dieses Grundgesetzes weitgehend verdrängt und vergessen. Demokratie???



Weiße Schimmel und schwarze Rappen

Damit wird es Zeit, sich mit den aufgeblähten Begriffen heutiger bundesdeutscher Politik zu befassen. „Rechtsstaat“? Was soll das sein? Jeder weiß ja inzwischen, daß der Staat mit all seinen Behörden, Ämtern, Organen und Einrichtungen jene Institution ist, welche den politischen Willen der jeweils herrschenden Klasse in Form von Gesetzen – also des Rechts – bestimmt und durchsetzt. Was soll da der Begriff „Rechtsstaat“? Ein weißer Schimmel wird ja nicht dadurch weißer, daß ich ihn „Weiß“-Schimmel nenne und ein Rappen nicht schwärzer, wenn ich ihn „Schwarz“-Rappen rufe. Das sind Wortdopplungen ohne speziellen Sinn. So gesehen war und ist jeder Staat ein „Rechtsstaat“, da er ja das jeweilige Recht festlegt. Das gilt auch für die DDR. Aber die BRD-Mächtigen bäumen sich dagegen auf. Schon Bundesjustizminister Kinkel hatte seinerzeit die Richtung vorgegeben, die DDR zu „delegitimieren“, d. h. ihre gesamte Geschichte, ihre Existenz, ja selbst ihre weltweite Anerkennung als Friedensstaat ins Gegenteil umzudrehen. Und damit das selbst der dümmste Bundesbürger begreifen sollte, wurde der politische Kampfbegriff „Unrechtsstaat“ als Totschlagskeule erfunden. Ihn gab es in dem von mir anfangs zitierten Duden noch gar nicht. Es gibt ihn auch international nicht. Er ist ein Unikum in der bundesdeutschen politischen Sprache der Gegenwart. Da sich nun aber immer mehr frühere DDR-Bürger gegen solche Verunglimpfung zur Wehr setzen, weil ihnen 20 Jahre nach dem „Mauerfall“ bewußt wird, was sie durch ihre Niederlage verloren haben, mußten nun noch schwerere Geschütze aufgeföhren werden. Die „zweite deutsche Diktatur“ nach Hitler sei die DDR gewesen, verkünden die professionellen Irreführungsspezialisten. Pastor Joachim Gauck erfand für uns sogar die Bezeichnung „sozialistische Globkes“. Da kann man ihn eigentlich nur an die 10 christlichen Gebote erinnern, von denen eines lautet: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!“ Hans Globke schrieb den Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 als juristische „Begründung“ des millionenfachen Massenmords an den europäischen Juden durch die deutschen Faschisten. Er war dann etliche Jahre der persönliche Staatssekretär des ersten bundesdeutschen Kanzlers Adenauer. Schlimmer kann man ehemalige DDR-Bürger wohl nicht beleidigen.

Es zeigt sich also: Je tiefer das kapitalistische System in seiner Krise versinkt, um so blindwütiger schlägt es um sich. Vorerst noch mit irreföhrenden Wortungetümen und daraus abgeleiteten politischen Entscheidungen. Noch! Was kommt danach? Wir sollten das sehr ernst nehmen und uns dagegen wappnen, weltanschaulich wie politisch.

Der Autor war viele Jahre als Pädagoge in verschiedenen Bildungseinrichtungen tätig.



Impressum

„RotFuchs“
c/o Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin

Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 140 (September 2009)

Die Grafik der Titelseite stammt aus der
US-Gewerkschaftszeitung „Industrial Worker“ (1911)



RotFuchs